

- Ausfertigung -



LANDGERICHT BERLIN

Im Namen des Volkes

Geschäftsnummer: WiL 11/10
WiV 113/06 Generalstaatsanwaltschaft Berlin

In dem berufsgerichtlichen Verfahren

g e g e n

den Wirtschaftsprüfer

geboren am [REDACTED] in [REDACTED]

geschäftsansässig: [REDACTED]

Deutscher,

hat die Kammer für Wirtschaftsprüfersachen des Landgerichts Berlin aufgrund der Hauptverhandlung vom 13. Mai und 20. Mai 2011, an der teilgenommen haben:

Präsident des Landgerichts [REDACTED]
als Vorsitzender,

Wirtschaftsprüfer [REDACTED] und [REDACTED]
als ehrenamtliche Beisitzer,

Staatsanwalt [REDACTED]
als Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft Berlin,

Rechtsanwalt [REDACTED]
als Verteidiger

Justizamtsinspektorin [REDACTED]
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

am 20. Mai 2011 für **R e c h t** erkannt:

Der Angeschuldigte hat gegen seine Berufspflichten verstoßen.

Gegen ihn wird eine Geldbuße von **12.000,--** Euro verhängt.

Dem Angeschuldigten werden die Kosten des Verfahrens einschließlich seiner eigenen notwendigen Auslagen auferlegt.

Gründe:

I. Beruflicher Werdegang

Der angeschuldigte Berufsangehörige ist seit 1972 als Wirtschaftsprüfer bestellt. Bereits zuvor war er als Steuerberater zugelassen, einen Beruf, den er auch heute noch ausübt. Als Wirtschaftsprüfer war der Berufsangehörige zunächst bei einer der größten deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. deren Vorgängerinnen in unterschiedlicher Stellung tätig. Er wechselte dann zu einer anderen großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, bis er, seit Januar 1995, eine eigene Praxis als Wirtschaftsprüfer gründete. In dieser ist er ununterbrochen tätig. Seit der Prüfungshandlung, die Gegenstand dieses Verfahrens ist, hat sich der Umfang seiner Wirtschaftsprüfertätigkeit deutlich reduziert. Er konzentriert sich überwiegend auf Beratungen. Abschlussprüfungen von Finanzdienstleistungsunternehmen, bei denen früher ein Schwerpunkt seiner beruflichen Tätigkeit lag, übernimmt er heute nicht mehr. Mit seiner Tochter [REDACTED] die längere Zeit als Angestellte gearbeitet hat und jetzt ebenfalls Wirtschaftsprüferin ist, hat er eine Bürogemeinschaft. Er ist 69 Jahre alt und erwägt, seine berufliche Tätigkeit quantitativ etwas zu reduzieren, sie aber nicht endgültig aufzugeben.

Der Angeschuldigte ist berufsrechtlich wie strafrechtlich unvorbelastet.

II. Tatsächliche Feststellungen

A. Vorwurf der Anschuldigungsschrift

Die zugelassene Anschuldigungsschrift der Generalstaatsanwaltschaft Berlin vom 1. Juli 2010 wirft, nach einer entsprechenden Verfahrensbeschränkung wegen übriger im berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahren verfolgter Gesichtspunkte, dem Berufsangehörigen vor, bei der gesetzlichen Abschlussprüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2003 der [REDACTED] (im Folgenden: [REDACTED]) mit Geschäftssitz Frankfurt am Main gegen seine Pflicht, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben, schuldhaft verstoßen zu haben. Bei dieser Abschlussprüfung, für die der Berufsangehörige am 29. November 2003 das Mandat von der Gesellschaft erhalten hatte, handelte es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung. Diese schloss der Berufsangehörige am 27. Mai 2004 mit einem Prüfungsbericht und einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ab. In letzterem bescheinigte er, dass nach seiner Überzeugung der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der [REDACTED] vermittele.

B. Vorgeschichte der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses der [REDACTED] 2003

1. Entwicklung der [REDACTED] bis 1997

Die [REDACTED] war seit Mitte der 70iger Jahre auf dem so genannten grauen Kapitalmarkt tätig. Sie vermittelte gegen Provision über Telefonverkäufe Optionsgeschäfte an Privatanleger. Gründer und über Jahre geschäftsführender Gesellschafter war Herr [REDACTED]. Anfang der 90iger Jahre stellte sich als Grundproblem des unternehmerischen

Konzepts der [REDACTED] heraus: Die Anleger bei den damals von [REDACTED] betriebenen Geschäften, der entgeltlichen Vermittlung von handelbaren Optionen an Privatkunden, erlitten häufig über kurz oder lang nach zwischenzeitlichen Gewinnen einen erheblichen Verlust bis gelegentlich hin zum Totalverlust. Das führte dazu, dass viele dieser Anleger als Kunden verloren gingen. Dies wiederum führte zu einer Unzufriedenheit der Vertriebsmitarbeiter, die sich häufig keinen dauerhaften Kundenstamm aufbauen konnten, und zu sinkenden Provisionsseinnahmen dieser Mitarbeiter und der [REDACTED]. [REDACTED] versuchte deshalb, mit dem so genannten [REDACTED] ein neues Anlageprodukt zu schaffen, das auf eine kontinuierliche Wertsteigerung ausgerichtet war. Dabei war das [REDACTED] so ausgestaltet, dass sich der Kunde mit seiner Einzahlung an einer Kollektiveinlage, die die Gelder mehrerer Kunden zusammenfasste (Finanzpool), beteiligte. Die Geschäfte richteten sich auf die Anlage der Kunden in Termingeschäften für gemeinsame Rechnung. Die [REDACTED] war dabei als Treuhänderin für den Finanzpool vorgesehen. Diesen sollte sie als Treuhandsondervermögen für die Anleger als Treugeber führen. Nach einer Testphase 1992 wurde das [REDACTED] für die [REDACTED] in den Vertrieb aufgenommen und Beteiligungen verkauft. Externe Partner, aber auch die Händler der [REDACTED] selbst vertrieben das [REDACTED] an Privatkunden. Das Ursprungsgeschäft der [REDACTED] die Vermittlung von handelbaren Optionen, verlor daneben mehr und mehr an Bedeutung.

Es gelang der [REDACTED] auf diesen Vertriebswegen den beträchtlichen Umfang Kundengelder anzuwerben, bis zum Jahr 1996 in einer Höhe von fast 25 Mill. Euro jährlich.

Im Handel, den der 1990 zur [REDACTED] gestoßene Mitarbeiter [REDACTED] über den Broker [REDACTED], eine Abteilung der [REDACTED] in London, sowie über einen so genannten Introducing Broker in London abwickelte, erwirtschaftete sie jedoch in jedem Jahr sei Beginn des [REDACTED] Verluste. Bereits 1993, also kurz nach dem Start des [REDACTED] beschloss [REDACTED] das Ergebnis des [REDACTED] so zu schönen, dass auf dem Papier den Anlegern ein jährli-

cher kontinuierlicher Wertzuwachs „nachgewiesen“ werden konnte. Dies wiederum sollte, und tat es auch, dem Vertrieb ermöglichen, neue Kundengelder einzuwerben, aus denen dann die (Schein-) Gewinne solcher Anleger, die ihr Geld aus [REDACTED] abziehen wollten, geleistet werden konnte. Nachdem aber die tatsächlichen Verluste des [REDACTED] sich nicht mehr kaschieren ließen, kamen [REDACTED] und sein Mitarbeiter, der Zeuge [REDACTED] überein, den damals festgestellten Fehlbetrag dadurch zu kaschieren, dass in der [REDACTED]-internen Buchhaltung, die für das [REDACTED] ausschließlich von Herrn [REDACTED] auf einem von ihm eigens hierzu geschriebenen Verwaltungsprogramm erledigt wurde, dem [REDACTED] dieser Betrag als Cash-Betrag gutgeschrieben wurde. Gleichzeitig trieb [REDACTED] mit den auf den Brokerkonto noch vorhandenen Geldern, soweit es möglich war, Handel, ohne jedoch - jedenfalls auf Euro-Basis gerechnet - nachhaltig in die Gewinnzone vorzustößen. Gleichzeitig setzten [REDACTED] und [REDACTED] nunmehr Monat für Monat denjenigen Cash-Betrag fest, mit dem die Differenz zwischen dem realen und dem fiktiven Bestand des [REDACTED] ausgeglichen wurde, und schrieben ihn dem [REDACTED] gut. Dadurch gelang es auch im Jahr 1997, Kundengelder in zweistelliger Millionen Höhe - 16,5 Mill. Euro - für das [REDACTED] verfügbar zu machen. Von diesen Anlegergeldern konnten die Zahlungen an Altanleger sowie die laufenden Geschäfts- und Betriebskosten der [REDACTED] und deren Vertriebspartner bestritten werden.

2. Beginn des Mandatsverhältnisses zwischen der [REDACTED] und dem Berufsangehörigen

Aufgrund gesetzlicher Änderung durch das Wertpapierhandelsgesetz bestand für die [REDACTED] erstmals zum Jahresende 1997 die Pflicht, einen durch einen Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss der Finanzaufsichtsbehörde vorzulegen. Entsprechend einer Empfehlung des langjährigen Firmenanwalts der [REDACTED] wurde Ende 1998 der angeschuldigte Berufsangehörige erstmals mit einer entsprechenden Jahresabschlussprüfung der [REDACTED] beauftragt. Der Berufsangehörige, der zu diesem Zeitpunkt bereits Mandate von

anderen Finanzdienstleistungsunternehmen erhalten hatte, aber zur [REDACTED] in keinem direkten oder mittelbaren Kontakt gestanden hatte, nahm Ende 1998 seine Arbeit auf. Von den unlauteren Machenschaften der Herren [REDACTED] und [REDACTED] wurde er dabei in keiner Weise informiert, auch nicht durch Mitteilung entsprechender Verdachtsmomente. Auch bis zu seiner Prüfung des Jahresabschlusses 2003 und darüber hinaus schöpfte der Berufsangehörige insoweit keinerlei Verdacht.

Zeitlich mit dem Beginn der Tätigkeit des Berufsangehörigen für [REDACTED] fiel zusammen, dass [REDACTED] ihrem bisherigen Broker [REDACTED] infolge von unternehmerischen Umstrukturierungen auf dessen Seiten die Vertragsbeziehung kündigen musste. Sie eröffnete Mitte 1998 Konten bei der Rechtsvorgängerin der späteren Firma [REDACTED] (im Folgenden: [REDACTED], London. Auf diese Konten wurde das zuvor bei [REDACTED] gehaltene Vermögen transferiert. [REDACTED] und [REDACTED] standen nun vor dem Problem, die dem [REDACTED] bislang schlicht fiktiv zugeschriebenen Cash-Beträge für den Berufsangehörigen als ihrem Wirtschaftsprüfer zu plausibilisieren. Sie kamen deshalb überein, den Originalkontoauszug des Kontos [REDACTED] auf dessen letzter Seite durch eine Fälschung um so viele aktive Bestandspositionen zu ergänzen, dass der von [REDACTED] und [REDACTED] monatlich erfundene Cash-Betrag hierdurch abgebildet wurde. Praktisch setzten sie dies dadurch um, dass [REDACTED] in einer Word-Datei die letzte Seite des Kontoauszugs [REDACTED] zum Jahresende 1997 abschrieb. Er fügte dann im Anschluss an die realen Positionen die fiktiven an, nachdem er das Layout kopierte und Schriftbild und -größe den von den Brokern verwendeten Schrifttypen und Zeichnungsgrößen entsprechend formatiert hatte und sie nach Ausdruck mit den vorhergehenden Seiten des Originalkontoauszugs verband. Der so manipulierte Kontoauszug wurde von ihm Herrn [REDACTED] übergeben, der diesen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung dem Berufsangehörigen aushändigte. Der Berufsangehörige, der weder aus der Form noch vom Inhalt des Auszuges her die Fälschungen erkannte, testierte auf dieser Grundlage das fingierte Treuhandvermögen als tatsächlich existent.

3. Prüfung der [REDACTED] Jahresabschlüsse und deren Prüfung durch den Berufsangehörigen in den Folgejahren bis 2002

Dem Berufsangehörigen wurde von der [REDACTED] auch für den Jahresabschluss 1998 und in der Folge auch für die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2002 das Prüfungsmandat erteilt. Für den Jahresabschluss 1998 verfuhr [REDACTED] und [REDACTED] für das nun allein bei [REDACTED] geführte Konto [REDACTED] in gleicher Weise wie für das Jahr 1997. Auch in diesem Jahr erkannte der Berufsangehörige weder aus der Form noch vom Inhalt des Auszuges her, dass es sich um Fälschungen handelte. Erneut testierte er auf Grundlage dieser Kontoauszüge das fingierte Treuhandvermögen als tatsächlich existent. Für die folgenden Jahresabschlüsse kamen [REDACTED] und [REDACTED] dann auf den Gedanken, dass es einfacher sei, nicht mehr den Kontoauszug für ein bestehendes [REDACTED]-Konto zu verfälschen, sondern ein fiktives [REDACTED] Konto mit der erfundenen Nr. [REDACTED] zu schaffen. Ab 1999 erstellte [REDACTED] dann im Einvernehmen mit [REDACTED] rein fiktive Monatsendkontoauszüge für dieses nicht existierende Konto [REDACTED]. In diesem Auszug stellte [REDACTED] nunmehr fiktive Käufe existierender Optionsserien im Bereich von Optionen auf Devisen-Futures und Aktienindizes an der Chicagoer Börse [REDACTED] dar. Mittels eines normalen Textverarbeitungs- und Gestaltungsprogramms gelang es ihm, von der äußeren Gestaltung, dem Layout und der Gesamtoptik her gefälschte Kontoauszüge für dieses Konto [REDACTED] herzustellen, die den Originalunterlagen für die existierenden [REDACTED] Konten, z.B. das Konto [REDACTED] täuschend ähnlich waren. Insoweit waren für eine Person, die keine besonderen sachverständigen Qualifikationen bei der Prüfung der Echtheit von Dokumenten hatte, äußerlich Unterschiede nicht erkennbar. Sie ergaben sich für eine solche Person auch bei näherem Hinsehen nicht. Demgegenüber war sich Herr [REDACTED] bewusst, dass für einen kompetenten Dokumenten-Sachverständigen die Feststellung der Abweichung der Original-[REDACTED]-Kontounterlagen und der gefälschten Kontounterlage für das fiktive Konto [REDACTED] schon deshalb ein Leichtes gewesen wäre, da [REDACTED] das Papier „nie rich-

tig hinbekommen“ habe, schon weil ihm nicht gelungen war, ein Papier mit einem Wasserzeichen, wie es [REDACTED] tatsächlich verwendete, zu beschaffen.

Mit Ausnahme von Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] selbst waren in diesen Manipulationen keine Mitarbeiter von [REDACTED] und auch sonst keine dritten Personen eingeweiht. Dies galt auch für die Zeugin [REDACTED] die 1998 auf Grund gesetzlicher Erfordernisse Geschäftsführerin neben Herrn [REDACTED] wurde. Ebenfalls uneingeweiht waren sämtliche Vertriebsmitarbeiter und Vertriebspartner. Diesen gegenüber ging [REDACTED] in der Weise vor, dass er den von ihm manipulierten Stand des [REDACTED] Kontos [REDACTED] das er vollständig allein administrierte, jeweils am Beginn des Folgemonats in den Geschäftsräumen der [REDACTED] bekannt gab. Der angebliche Monatsgewinn wurde dann an die gutgläubigen Vertriebspartner und auch an die Anleger übermittelt bzw. von diesen abgefragt. Auf Basis der fiktiven monatlichen Kontounterlagen gingen in die Buchhaltung der [REDACTED] ein.

Ab dem Jahresabschluss für 1998 hatte der Berufsangehörige von der [REDACTED] neben Jahresabschlüssen auch Saldenbestätigungen gefordert. Dies setzte den Berufsangehörigen und Herrn [REDACTED] vor die Notwendigkeit, ein Schreiben der [REDACTED] wonach diese eine auf dieses Konto bezogene Aufstellung der Salden übersandte, zu fälschen, und ebenfalls entsprechend gefälschte Aufstellungen selbst zu fertigen. Diese Saldenbestätigungen mussten nach ihren Vorstellungen inhaltlich wiederum den Kontoauszügen, die [REDACTED] für den Abschluss 1998 hinsichtlich des Kontos [REDACTED] und danach für das fiktive Konto [REDACTED] erstellt hatte, entsprechen. [REDACTED] gelang es in einer Weise, die nachfolgend unter C. 4 für die entsprechende Saldenbestätigung des Kontos [REDACTED] bezüglich des Jahresabschlusses für 2003 beschrieben ist, solche zu fertigen. Das entsprechend gefälschte Übersendungs schreiben der [REDACTED] nebst den Saldenaufstellungen warf in den Jahren bis einschließlich der Prüfung des Jahresabschlusses 2002 Herr [REDACTED] nachts in den Briefkasten des Berufsangehörigen, wobei er das Schreiben jeweils in einen mit einem englischen

Freistempler versehenen Briefumschlag des Brokers [REDACTED] über den [REDACTED] aus der Korrespondenz verfügte, gesteckt und zugeklebt hatte. Dies erledigte er jeweils wenige Tage, nachdem er erfahren hatte, dass [REDACTED] den Berufsangehörigen die Saldenbestätigungen für die üblichen, bei [REDACTED] tatsächlich existenten Konten übersandt hatte. Lediglich in einem Jahr, nämlich dem Abschluss für 2001, waren [REDACTED] und [REDACTED] anders verfahren. In diesem Jahr hatte der Broker alle Kontoauszüge für die [REDACTED] Konten nicht an den Berufsangehörigen, sondern an [REDACTED] geschickt. Für dieses Jahr stellte [REDACTED] in Absprache mit [REDACTED] die Saldenbestätigungsaufstellung nicht nur für das fiktive Konto [REDACTED] sondern auch die Bestätigungen und Aufstellungen für die existenten Konten in der selben Weise her. Bei den tatsächlich existenten Konten übernahm er dabei vollständig den Text der entsprechenden Schreiben und Aufstellungen von [REDACTED]. Er war dabei in Abstimmung mit [REDACTED] so vorgegangen, weil beide Sorge hatten, dass der Berufsangehörige die Fälschung doch erkennen würde, wenn er zusammen eingehende „echte“ und „falsche“ Saldenbestätigungen direkt nebeneinander legen würde. Sie befürchteten, die bei isolierter Betrachtung kaum auffälligen marginalen Unterschiede könnten dann doch ins Auge springen.

In jedem Fall gelang es [REDACTED] und [REDACTED], den Berufsangehörigen bei seinen entsprechenden Jahresabschlussprüfungen glauben zu machen, die ihm vorgelegten Saldenbestätigungen seien auch hinsichtlich des Kontos [REDACTED] authentisch. In der Folge testierte der Berufsangehörige die entsprechenden Jahresabschlüsse, indem er ihnen jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilte.

C. Prüfung des Jahresabschlusses 2003 durch den Berufsangehörigen

1. Auftragserteilung, Organisationsstruktur der [REDACTED]

Für die Prüfung des Abschlusses zum 31.12.2003 erhielt der Berufsangehörige am 29.11.2003 den Auftrag der [REDACTED]. Der Berufsangehörige fand mit [REDACTED] zu diesem Zeitpunkt ein Unternehmen vor, das in Frankfurt am Main kürzlich in neue, etwas größere Büroräume gezogen war. In diesen waren Herr [REDACTED] Frau [REDACTED] als Geschäftsführerin und Herr [REDACTED] tätig. Ferner waren drei Angestellte, die über eine kaufmännisch-buchhalterige Ausbildung verfügten, dauerhaft beschäftigt. In einem großen Büroraum waren ferner etwa acht Damen, bei Bedarf mehr, tätig, deren Aufgaben die Abwicklung des Schreib- und Telefonverkehrs, vor allem mit den zum damaligen Zeitpunkt über 20.000 Anlegern, war. Die Erledigung wesentlicher Aufgaben des Rechnungswesens einschließlich der Bilanzbuchhaltung war einem externen Unternehmen, zunächst der Firma [REDACTED] - [REDACTED], dann der Firma [REDACTED] - übertragen. Dieses Rechnungswesen war insgesamt verhältnismäßig einfach strukturiert. So war es beispielsweise nicht in der Lage, bei den [REDACTED] Konten die einzelnen „Trades“ taggenau sofort abzubilden. Demgemäß war es auch nicht möglich, taggenau das aktuelle Treuhandvermögen darzustellen, insbesondere nicht grafisch-statistisch aufbereitet nach der Entwicklung einzelner Positionen, Gruppen von Positionen usw. An einer Professionalisierung und Vertiefung des Rechnungswesens waren [REDACTED] und [REDACTED], auch auf entsprechende kritische Nachfragen von Frau [REDACTED] die [REDACTED] barsch zugewiesen hatte, nicht interessiert, um - wie sie verschwiegen - ihre Manipulationen hinsichtlich des Kontos [REDACTED] fortsetzen zu können.

Bei [REDACTED] gab es auch kein auf institutionalisiertes Kontrollsystem. Formal fiel die Aufgabe der internen Revision Herrn [REDACTED] und neben ihm einem Mitarbeiter der Abrechnungsabteilung zu. Eine Organisationsanweisung für die interne Revision oder einen hauptamtlichen Innenrevisor gab es nicht. Eine Prüfung des Bereichs Vermögen/Treuhandvermögen der [REDACTED] war ausweislich eines Jahresberichts über die interne Revision zwar angekündigt, aber verschoben und bis zur Abschlussprüfung 2003 tatsächlich nicht durchgeführt worden.

Bei Beginn der Abschlussprüfung 2003 war Herr [REDACTED] aber nach wie vor die alle unternehmerischen Entscheidungen treffende, unbestrittene Führungspersönlichkeit bei [REDACTED]. [REDACTED] war als Alleingesellschafter auch der wirtschaftliche Inhaber von [REDACTED]. Von alledem ging auch der Berufsangehörige als selbstverständlich aus, wie sowohl Frau [REDACTED] als auch Frau [REDACTED], die wie in den Vorjahren auch bei der Prüfung des Abschlusses 2003 wesentliche Unterstützungsarbeiten für ihren Vater leistete, beobachten konnten. Herr [REDACTED] war der erste Ansprechpartner für den Berufsangehörigen in allen wichtigen Fragen. Er war es, der bei Bedarf und nach eigenem Ermessen bei solchen Gesprächen entweder Frau [REDACTED] oder Herrn [REDACTED] hinzu bat. Ungeachtet der Geschäftsführerstellung von Frau [REDACTED] war diese in die wirtschaftliche Unternehmenskonzeption so gut wie nicht eingebunden. Sie wurde zu entsprechenden Fragen auch bei der Abschlussprüfung 2003 weder von dem Berufsangehörigen noch von dessen Tochter direkt konsultiert. Sie beschränkte sich wie in den Jahren, in denen sie noch nicht als Geschäftsführerin bestellt war, im wesentlichen auf ihre Aufgabe als Leiterin der Abteilung Rechnungswesen der [REDACTED] und arbeitete im Übrigen nach Vorgaben und Weisungen von Herrn [REDACTED].

2. Manipulationen des Jahresabschlusses 2003

Den Jahresabschluss und die Prüfung durch den Berufsangehörigen hatte [REDACTED] in Abstimmung mit [REDACTED] in gleicher Weise wie in den Vorjahr manipulativ vorbereitet, indem er für das fiktive Konto [REDACTED] massenhaft Kontoauszüge über fiktive Trades zu Optionsgeschäften an der Chicagoer Börse, für die er im nachhinein die Settlement-Preise online ermittelt und eingesetzt hatte, „produzierte“. In gleicher Weise wie (s. dazu B. 3) in den Vorjahren waren diese Auszüge sowie die entsprechenden Monatsend-Statements gegenüber den Original- [REDACTED] Unterlagen für die übrigen Konten täuschend echt. Technisch machten [REDACTED] diese Fälschungen keine Probleme mehr, da er inzwischen auf immer weiter perfektionierte

Dokumentvorlagen für das Computerprogramm Word zurückgreifen konnte und praktisch jederzeit nach Belieben einen Kontoauszug erstellen konnte. Die so fingierten durchweg positiven monatlichen Ergebnisse des Kontos [REDACTED] gab er jeden Monat nach wie vor dem Betrieb und der Buchhaltung kund. Aus den von [REDACTED] gefälschten Geschäftsbestätigungen, Monatsend-Statements und Kontoauszügen ergab sich dabei, dass der Schwerpunkt für dieses Konto bei Long-Positionen und hier bei Optionskombinationen lag, die bei starken Kursbewegungen, sei es nach unten oder nach oben, Gewinne erzielten und bei tendenziell gleich bleibenden Kursen wegen der zu zahlenden Prämien Verluste. Da [REDACTED] ja die entsprechenden Werte im Nachhinein ermittelt und in seine Monatsrechnungen eingestellt hatte, konnte er es erreichen, dass der hierauf basierende Jahresabschluss wie in den Vorjahren für das [REDACTED] ein positives Ergebnis hatte: Die ausgewiesene Rendite für die [REDACTED]-Kunden beim Konto [REDACTED] lag bei knapp 9%, der Gewinn bei 94,8 Mill. Euro.

Aus den von [REDACTED] gefälschten Unterlagen zu dem Konto [REDACTED] ergab sich, dass in sehr hohen Stückzahlen gehandelt worden sei. Bei einer Nachprüfung hätte festgestellt werden können, dass einzelne dieser Geschäfte das gesamte an der Chicagoer Terminbörse gehandelte Volumen mit den entsprechenden Optionen überstiegen hätte. Eine entsprechende Nachprüfung hatte aber niemand, auch der Berufsangehörige nicht, angestellt. Hierauf hatte [REDACTED] wie in den Vorjahren vertraut.

Zurzeit des Beginns der Abschlussprüfung gab es trotz der weit über den Branchendurchschnitt liegenden Entwicklung der [REDACTED] Anlagen kritische Stimmen, insbesondere von Börsen-Informationsdiensten. In diesen wurde jedoch kein konkreter Verdacht von Manipulationen geäußert, sondern allgemeine Kritik an der Transparenz des [REDACTED]-Geschäftsmodells. Hierauf aufbauend wurden Zweifel an einem dauerhaften Erfolg der Gesellschaft geäußert. Ein Betrugsvorwurf, der zumindest in Ansätzen auf die Manipulationen, die [REDACTED]

und tatsächlich vorgenommen hatten, hindeutete, wurde aber auch in der Fachpresse nicht geäußert.

3. Anlage der Prüfung durch den Berufsangehörigen

Der Berufsangehörige, der nach wie vor keinen Verdacht hinsichtlich der Manipulationen in Bezug auf das Konto hatte, im Übrigen aber die Situation von so wie zu oben 2) geschildert wahrgenommen hatte, hatte die Prüfung so angelegt wie in den Vorjahren. Er hatte für die Dauer der Prüfung einen eigenen Büroraum bei und war dort nach den Beobachtungen seiner Tochter und Frau über mehrere Monate und während dieser Zeit nicht selten ganze Tage tätig. Einen großen Raum bei seiner Prüfung nahm angesichts der sehr hohen Zahl von Anlegern die Anforderung von Saldenbestätigungen ein. Neben der Anforderung solcher Bestätigungen von den einzelnen Anlegern ließ der Berufsangehörige dabei wie in den Vorjahren von Saldenbestätigungen abfordern. Mit hatte er vereinbart, dass an auf englisch eine so genannte offene Saldenbestätigungs-Anfrage gesandt werden sollte. In dieser wurde auf einem Briefkopf von und unterschrieben von Herrn gebeten, alle - in der Anfrage also nicht näher bezeichneten - Stände der von ihr geführten Konten der anzugeben. Diese Auskunft sollte sie sodann direkt an den Berufsangehörigen senden.

Diese Saldenbestätigungsanfrage wurde im Zusammenhang mit den übrigen Anfragen in der Weise realisiert, dass für den Berufsangehörigen mit Frau in den Räumen der unter Nutzung von der der Gesellschaft die inhaltliche Gestaltung der Anfragen entsprechend den Vorhaben des Berufsangehörigen vor Ort überprüfte, ebenso die korrekte Adressierung und Kuvertierung der Schreiben. Die so gefertigten Angaben wurden von einer Mitarbeiterin zu einem in der Nähe gelegenen Postamt ge-

bracht. Die Anträge auch an [REDACTED] gingen so wie von dem Berufsangehörigen abgesprochen heraus.

Die Prüfung, für die sich der Berufsangehörige an seine üblichen und umfangreiche Checkliste orientierte, verlief wie in den Vorjahren vordergründig zunächst weitgehend reibungslos. Konkret auf das Konto [REDACTED] bezogen forderte der Berufsangehörige von [REDACTED] Kontoauszüge hinsichtlich der auf dem Papier größten und wichtigsten Trades an. Diese konnte [REDACTED] ihm, da er sie gefälscht vorliegen hatte, unschwer übermitteln. Weitere Prüfungen machte der Berufsangehörige insoweit nicht. Auch eine Kontaktaufnahme zu [REDACTED] gab es von Seiten des Berufsangehörigen zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Eine weitere Besonderheit bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2003 ergab sich daraus, dass im Jahr zuvor die [REDACTED] eine Sonderprüfung nach § 44 KWG, die vom Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen aufgetragen war durchgeführt hatte. Deren schriftlich in einem Bericht niedergelegtes Ergebnis lag seit dem 31. März 2003 vor und war auch dem Berufsangehörigen bekannt. Im Rahmen dieses Prüfungsergebnisses wurden zwar ebenfalls die Manipulationen von [REDACTED] und [REDACTED] und insbesondere der rein fiktive Charakter des Kontos [REDACTED] nicht erkannt. Auch Stichproben von [REDACTED]-Optionsgeschäften des Jahres 2002 blieben insoweit erfolglos, weil [REDACTED] sich auf den Prüfern vorgelegte Geschäftsbestätigungen beschränkte und dabei die [REDACTED]-Fälschungen nicht auffielen. Der Bericht kritisierte aber das zu oben C. 1. dargestellte interne Kontrollsystem als unzureichend. Er führte aus, dass die interne Revision insgesamt nicht den von der BaFin „aufgestellten Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der internen Revision der Kreditinstitute“ entsprechen würde. Kritisiert wurde ferner, dass eine zeitnahe Erfassung der Provisionserträge als einzige Geschäftsgrundlage nicht erfolge, sondern die genannten Erträge monatlich als Differenzrechnung ermittelt und gebucht werde; dass die Berechnung und buchhalterische Erfassung der

aus dem Treuhandvermögen sowie den unternehmenseigenen Vermögensgegenstände resultierenden Währungsgewinne oder Währungsverluste nur jährlich erfolge, und dass im Rahmen der Monats- und Jahresabschlussabstellung keine Abstimmung mit extern bestätigten Depot- und Kontobeständen vorgenommen wurde.

Konkret für das [REDACTED] wurde kritisiert, dass die monatliche Ergebnisermittlung durch die Händler (im Fall des Kontos [REDACTED] also durch [REDACTED]) vorgenommen wurde und gleiches auch für die monatliche Provisionsabrechnung für dieses Produkt gelte. Hierin wurde von [REDACTED] eine unzureichende Funktionstrennung im Unternehmen gesehen.

Außerdem wurde moniert, dass die Treuhandverbindlichkeiten und das Treuhandvermögen der Anleger nicht kongruent waren.

Diese Ergebnisse des Prüfungsberichts diskutierte der Berufsangehörige mit [REDACTED]. [REDACTED] erklärte die fehlende Kongruenz von Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten, nachdem ihm [REDACTED] zu einem Gespräch mit dem Berufsangehörigen in dieser Sache hinzu gebeten hatte, damit, dass Währungsdifferenzen ursächlich seien - die meisten Trades waren in US-Dollar getätigt, während die Anleger in der Regel in anderen Währungen (überwiegend Euro) investierten; und dass andererseits Schwankungen sich daraus ergeben würden, dass nach den [REDACTED]-Bedingungen Anleger nicht am Tag der Wertstellung ihrer jeweiligen Anlage, sondern erst einige Zeit später am Pool partizipieren durften. Dies entsprach insofern den Tatsachen, als es, wenn es von [REDACTED] vorgetäuschten Geschäftsvorfälle im Konto [REDACTED] in der Realität gegeben hätte, wegen der geschilderten Struktur der [REDACTED]-Buchhaltung zu diesen Differenzen ebenfalls gekommen wäre. Der Berufsangehörige nahm diese Erklärung von [REDACTED] als ihm ausreichend hin.

Der Berufsangehörige diskutierte mit [REDACTED] auch die Monierung von [REDACTED] zu dem internen Kontrollsystem. Er kam jedoch nach den entsprechenden Diskussionen zu dem Ergebnis, dass sich das System der Risikoidentifizierung, -einschätzung und -limitierung bei [REDACTED] über mehrere Jahrzehnte bewährt habe; und dass zwischen Handel und Buchhaltung eine hinreichende personelle Trennung bestehe, was durch eine von ihm geforderte künftige verstärkte Einbindung der Firma [REDACTED] in Aufgaben der Innenrevision noch zusätzlich gesichert werden würde. Insgesamt stellte das Kontrollsystem aus seiner Sicht sicher, dass den Kunden zuzuordnende Gelder und Werte nicht mit Eigentum und Besitz der Gesellschaft vermischt werden könnten. Dies legte er auch in seinem späteren Prüfungsberichten nieder. Ausgehend davon, dass [REDACTED] die Fäden des Unternehmens in der Hand hielt und den Überblick über alle Geschäftsvorfälle des Unternehmens absolut hatte, wie der Berufsangehörige dies in vielen Gesprächen mit ihm immer wieder festgestellt hatte, glaubte er, dass die sich auch auf [REDACTED] stützende interne Kontrolle verhindern würde, dass Mitarbeiter der Gesellschaft erfolgreich und unbemerkt auf Kundengelder zugreifen könnten. Damit, ob das interne Kontrollsystem auch ausreichend sei, um Manipulationen auf hoher Unternehmensebene, insbesondere durch Herrn [REDACTED] selbst, zu verhindern, setzte er sich nicht, auch nicht in seinem Prüfungsbericht, auseinander, weil er sich eine solche Manipulation schlechterdings nicht vorstellen konnte.

4. Änderung der Prüfungssituation durch Tod von [REDACTED]

Eine grundlegende Änderung der Prüfungssituation ergab sich am 7. April 2004, als Herr [REDACTED] bei einem Flugzeugunfall völlig unerwartet verstarb. Zu diesem Zeitpunkt waren die Saldenbestätigungen für die [REDACTED] Konten noch nicht eingegangen. Auf der Beerdigung von Herrn [REDACTED] waren hochrangige Vertreter von [REDACTED] erschienen. Diese trafen dort auf den Berufsangehörigen. In diesem Gespräch und in einem daran anknüpfenden Telefongespräch kurz danach, sprach der Berufsangehörige die noch ausstehenden Saldenbestäti-

gungen an. Ein führender [REDACTED]-Vertreter versprach, sich persönlich darum zu kümmern, dass die Saldenbestätigungen alsbald übersandt wurden.

Unmittelbar nach dem Tod von Herrn [REDACTED] hatte sich aus Sicht des Rechtsanwalts des Unternehmens und der Erben der Gesellschafterstellung von Herrn [REDACTED] die durch dessen Sohn [REDACTED] auftraten, die wirtschaftliche Notwendigkeit gestellt, dass [REDACTED] zu dieser Zeit Prokurist war, die Aufgabe eines Notgeschäftsführers übernahm. [REDACTED] der zu jenem Zeitpunkt unbedingt verhindern wollte, dass der Scheinhandel und die Erstellung der gefälschten Unterlagen für das fiktive Konto [REDACTED] „aufliege“, hatte sich hierzu bereit erklärt. Er wurde später, im Juli 2004, neben Frau [REDACTED] auch als ordentlicher Geschäftsführer der Firma [REDACTED] in das Handelsregister eingetragen.

Aufgrund seiner faktischen Geschäftsführerstellung war [REDACTED] nun wegen der Prüfung des Jahresabschlusses 2003 nahezu im täglichen Kontakt mit dem Berufsangehörigen. Bei diesen Gesprächen ging es für den Berufsangehörigen zunächst darum, ob angesichts der Auswirkungen des Todes von Herrn [REDACTED] noch die für die Prüfung des Jahresabschlusses wesentliche Fortführungsprämisse hinsichtlich des Unternehmens [REDACTED] gestellt werden konnte. Im Rahmen der in diesem Zusammenhang intensiv geführten Gespräche mit dem Berufsangehörigen erfuhr [REDACTED] dass die [REDACTED] Saldenbestätigungen für die real existierenden Konten am 22. April 2004 bei dem Berufsangehörigen eingegangen waren. [REDACTED] entschloss sich dann, wie in den Vorjahren für das Konto [REDACTED] die vorbereitete Saldenbestätigung auszudrucken, in einen [REDACTED]-Briefumschlag mit englischem Freistempler einzulegen und am 24. April 2004 in gleicher Weise, wie es [REDACTED] in den Vorjahren getan hatte, nachts in den Briefkasten des Berufsangehörigen einzuwerfen. Wie in den Vorjahren war auch diese Saldenbestätigung äußerlich für eine nicht dokumenten-sachverständige Person, die nicht besonders auf das fehlende Wasserzeichen, das die Originalkontoauszüge im Gegensatz zur [REDACTED]-Fälschung hatten, achtete, nicht zu unterscheiden. Wie in den

Vorjahren hatte [REDACTED] die Bestätigung mit dem erfundenen Namen [REDACTED] unterschrieben.

Der Berufsangehörige hielt wie in den Vorjahren die gefälschte Saldenbestätigung für authentisch. Er setzte seine Prüfung noch einige Zeit fort, um andere offen gebliebene Fragen zu klären und insbesondere sich der Fortführungschancen des Unternehmens zu versichern. Schließlich stellte der Berufsangehörige am 27. Mai 2004 den Prüfungsbericht fertig. Im abschließenden Bestätigungsvermerk führte der Berufsangehörige an, dass er im Rahmen der Prüfung die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt habe. Schließlich schloss der Vermerk mit der uneingeschränkten und auch auf Prüfungshemmnisse nicht hinweisen Feststellung, dass der [REDACTED]-Jahresabschluss 2003 unter Beachtung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittele.

D. Weitere Entwicklung der [REDACTED] nach Abschluss der Prüfung des Jahresabschlusses 2003

Nachdem der Berufsangehörige seine Prüfungstätigkeit beendet hatte, setzte [REDACTED] sein bisheriges Handeln zunächst als Notgeschäftsführer und dann als Geschäftsführer fort und er wies für [REDACTED] auf dem Papier weiterhin sehr gute Renditen des [REDACTED] bei [REDACTED] im Jahr 2004 über 10%. Dies führte dazu, dass der Vertrieb von [REDACTED] gerade im Jahr 2004 noch einmal außergewöhnlich erfolgreich war. Insgesamt wurden nochmals Kundengelder in Höhe von 146,7 Mill. Euro akquiriert, was gegenüber dem Vorjahr fast eine Verdoppelung bedeutete. Allein in der Zeit zwischen dem 12. Juli 2004 und dem 7. Januar 2005 legten fast 7.000 Anleger über 120 Mill. Euro im [REDACTED] an.

Die Manipulationen von Herrn [REDACTED] wurden dann Anfang 2005 entdeckt. Zu diesem Zeitpunkt wurde auf Betreiben der Erben von Herrn [REDACTED] ein neuer Geschäftsführer bei [REDACTED] eingestellt. [REDACTED] blieb zwar alleiniger Händler des Kontos [REDACTED]. Da die Mitarbeiter des neuen Geschäftsführers auf dessen Bitte hin zur Klärung der Möglichkeiten einer strategischen Neuausrichtung der [REDACTED] direkt mit [REDACTED] Kontakt aufnahmen und Nachfragen zu dem Konto [REDACTED] hatten, wurde festgestellt, dass es ein solches Konto bei [REDACTED] nicht gab. Der neue Geschäftsführer unterrichtete hiervon unverzüglich die BaFin, die eine Vielzahl von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen anordnete. [REDACTED] wurde noch im März 2005 unter vorläufige Insolvenzverwaltung gestellt. Der Gesamtschaden, den die [REDACTED] Anleger für den Zeitraum von 1992 bis zum Zusammenbruch der [REDACTED] im März 2005 erlitten hatte, wurde in einem Strafverfahren gegen Herrn [REDACTED] auf über 300 Mill. Euro geschätzt. Gegenüber dem Berufsangehörigen wurden in der Folge von geschädigten Anlegern über 300 Zivilverfahren anhängig gemacht. Sie führten im Ergebnis nicht zu einer Verurteilung des Berufsangehörigen, aber zu erheblichen finanziellen Lasten durch die Prozessführung. Ca. 15 weitere Zivilverfahren sind derzeit noch anhängig. Der Berufsangehörige hat festgestellt, dass sein Ruf als Wirtschaftsprüfer durch seine Tätigkeit im [REDACTED] Komplex erheblich gelitten hat. Dies hat zu dem unter oben I. geschilderten Rückgang seiner Berufstätigkeit beigetragen.

III. Grundlage der tatsächlichen Feststellungen

Die Feststellungen zu II. beruhen auf Folgendem:

Der angeschuldigte Berufsangehörige hat von seinem Recht, in der Hauptverhandlung nicht zu erscheinen und sich nicht zu äußern, Gebrauch gemacht. Seine Sicht von der [REDACTED] [REDACTED] und deren Verantwortlichen, sein Vorgehen bei der Jahresabschluss 2003 und bei

den Abschlussprüfungen, die vorausgegangen waren und auch die Auswirkungen die seine Prüfungstätigkeit für [REDACTED] und später der Zusammenbruch dieser Gesellschaft nach Aufdecken der Manipulationen von [REDACTED] und [REDACTED] gehabt hat, sind der Kammer jedoch von der Zeugin [REDACTED] der Tochter des Angeeschuldigten, eingehend geschildert worden. Frau [REDACTED] ist eine Zeugin, die einerseits als Tochter des Berufsangehörigen mit diesem und dessen berufliche Tätigkeit eng vertraut ist. Andererseits ist sie eine Auskunftsperson, die als im Zeitpunkt des angeschuldigten Verhaltens des Berufsangehörigen in der Ausbildung befindliche und jetzt als geprüfte Wirtschaftsprüferin selbst im beträchtlichen Umfang nicht nur als Mitarbeiterin ihres Vaters eigene Wahrnehmungen zu [REDACTED] und den dortigen Abläufen gemacht hat. Sie kann vielmehr auch deren tatsächliche, rechtliche und für den Beruf eines Wirtschaftsprüfers maßgebliche Bedeutung ohne weiteres kompetent einschätzen. Ihrer in jeder Hinsicht glaubhaften Aussage hat die Kammer die tatsächlichen Feststellungen entnehmen können, die einerseits eigene Wahrnehmungen von [REDACTED] [REDACTED] schildern, andererseits solche, die die Wahrnehmungen und die Kenntnislage des Berufsangehörigen selbst betreffen: Denn mit diesem hat sich die Zeugin hierüber sowohl während der Prüfungstätigkeiten ihres Vaters als auch danach - wie sie berichtet hat - eingehend ausgetauscht, und es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass der Berufsangehörige ihr jedenfalls Tatsachen, die zu seinen Gunsten sprechen könnten, vorenthalten oder entstellt dargestellt haben könnte.

Hinsichtlich der Abläufe bei [REDACTED] werden diese auf der Aussage von [REDACTED] beruhenden Feststellungen der Kammer durch die Bekundungen der Zeugen Frau [REDACTED] und [REDACTED] einerseits bestätigt, andererseits hinsichtlich der Abläufe bei [REDACTED] auch ergänzt. Auf den Bekundungen von Frau [REDACTED] beruhen, insoweit in Übereinstimmung mit den Bekundungen von [REDACTED], insbesondere die Feststellungen der Kammer zu der Saldenbestätigungsaktion bei der Abschlussprüfung 2003, aber auch darüber hinaus die Organisation und Handlungsabläufe bei [REDACTED] und hier insbesondere die Darstellung der

Rolle des verstorbenen Herr [REDACTED] im Verhältnis zu ihr und auch dessen Kommunikation mit dem Berufsangehörigen. Sie decken sich insoweit mit den Aussagen des Zeugen [REDACTED]. Auf dessen Aussage stützt die Kammer darüber hinaus die (nur) zwischen ihm und Herrn [REDACTED] getroffenen Absprachen zur Handhabung und Manipulierung des fiktiven Kontos [REDACTED] einschließlich der Übermittlung der entsprechenden, gefälschten Saldenbestätigungen. Die Kammer hat diese Aussagen der Zeugen Frau [REDACTED] und [REDACTED] für glaubhaft erachtet. Die Kammer hat dabei nicht übersehen, dass beide Zeugen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei der [REDACTED] erhebliches kriminelles Unrecht begangen haben: Der Zeuge [REDACTED] indem er mit [REDACTED] die Manipulationen hinsichtlich des Kontos [REDACTED] abgestimmt, im Einzelnen geplant und durchgeführt hat; die Zeugin [REDACTED] später, als sie nach Aufdeckung der Manipulationen noch Bekannten und Verwandten unter Rückdatierung der entsprechenden Verkaufsanweisungen eine Auszahlung ihrer Einlagen und Scheingewinne zu Lasten der [REDACTED]-Insolvenzmasse ermöglicht hat; dies zu einem Zeitpunkt, als sie wusste, dass [REDACTED] tatsächlich insolvent war. Beide Zeugen haben indessen durch vollstreckte Freiheitsstrafen für dieses kriminelle Unrecht gebüßt. Sie hatten keinerlei Motiv, in der Hauptverhandlung die Unwahrheit zu sagen, noch dazu in einem Verfahren betreffend den Berufsangehörigen, dem sie vollständig neutral gegenüber stehen. Ihre Schilderungen waren nüchtern und frei von jeder Tendenz, den Berufsangehörigen über eine wahrheitsgemäße Aussage hinaus belasten oder entlasten zu wollen.

Schließlich beruhen die Feststellungen der Kammer auf den Bekundungen der Zeugen [REDACTED] [REDACTED], die als Wirtschaftsprüferin bei der Wirtschaftsprüferkammer angestellt ist. Sie ist die zuständige Bearbeiterin des [REDACTED]-Komplex einschließlich des vorliegenden berufsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Berufsangehörigen. Frau [REDACTED] die in das Verfahren eingebunden war, nachdem die Manipulationen bei [REDACTED] „aufgeflogen“ waren, hat der Kammer über die Aktenlage, insbesondere über die Prüfungsberichte, den Bestätigungsvermerk des Berufsangehörigen, dessen vorgefundene Korrespondenz mit der [REDACTED]

insbesondere zum Jahresabschluss 2003 und den entsprechenden Prüfungen, die Sonderuntersuchung von (Materialien, Korrespondenz, Ergebnis, Stellungnahme des Berufsangehörigen im Prüfbericht) sowie zu den von ihr für die Wirtschaftsprüferkammer gesichteten umfangreichen Unterlagen der vor allem der Korrespondenz zu den Saldenbestätigungs-Aktionen und Materialien zu den Konten der bei berichten können. Ihre sorgfältig und erkennbar sachverständig vorgetragenen Ausführungen stehen dabei in einer tatsächlichen Übereinstimmung zu den Feststellungen, die die Kammer aufgrund der vorgenannten Ausführungen der übrigen Zeugen treffen konnte.

IV. Rechtliche Bewertung

Nach diesen Feststellungen hat der Berufsangehörige gegen seine aus § 43 Abs. 1 WPO i.V.m. der Berufssatzung der Wirtschaftsprüferkammer folgende Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung verstoßen:

Die Pflichtverletzung sieht die Kammer darin, dass er den Jahresabschluss 2003 der uneingeschränkt und ohne auf Prüfungshemmnisse hinzuweisen mit einem Bestätigungsvermerk testiert hat. Dies stellte nach der gegebenen Sachlage einen fahrlässigen, unvermeidbaren und offensichtlichen Fehlgriff dar.

Im Einzelnen:

1. Objektive Pflichtverletzung des Berufsangehörigen

Die objektive Pflichtverletzung des Berufsangehörigen liegt in der ungenügenden Prüfung der Angaben in der Rechnungslegung der 2003 zu dem tatsächlich nicht existenten

Konto [REDACTED] einerseits und dem gleichwohl erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk andererseits.

Einen Wirtschaftsprüfer trifft nicht erst aufgrund in der Fachöffentlichkeit anerkannter Standards, sondern bereits aus dem Gesetz (§ 43 Abs. 1 WPO) die Pflicht, Angaben des von ihm geprüften Unternehmens nicht nur in bilanzrechtlich-buchhalterischer, sondern auch in tatsächlicher Hinsicht in einem erforderlichen Maß der kritischen Prüfung zu unterziehen. Nur dann, wenn auch eine solche tatsächliche Kontrolle der Angaben in der Rechnungslegung bis zu einem hinreichenden Maß durchgeführt würde, kann von einer eigenverantwortlichen und gewissenhaften Prüfung, wie sie der Wirtschaftsprüfer den Adressaten eines von ihm erteilten Bestätigungsvermerkes schuldet, gesprochen werden. Worauf die tatsächliche Prüfung zu richten ist, hängt im entscheidenden Maß von der konkreten Prüfungssituation ab. Unzweifelhaft ist dabei, dass zwar nicht alle, aber doch für die Beurteilung des Unternehmens zentralen Rechnungspositionen einer substantiellen Prüfung unterzogen werden müssen, und zwar durch die Einholung von Saldenbestätigungen. Für das Konto [REDACTED] das in der Rechnungslegung 2003 des Unternehmens mit weitem Abstand das größte Volumen aller Konten der [REDACTED] aufwies und das praktisch den gesamten ausgewiesenen Gewinn für das Unternehmen und für seine Anleger generierte, war deshalb eine Saldenbestätigungsaktion zwingend erforderlich. Hiervon war auch der Berufsangehörige - zu Recht - ausgegangen.

Auch bei der Ausgestaltung der Anforderung und Einholung von Saldenbestätigungen hat sich ein Wirtschaftsprüfer nach dem Grundsatz der gewissenhaften Eigenverantwortlichkeit aber an dem auszurichten, was einerseits ohne Überforderung für ihn möglich ist, andererseits aber für eine wirkungsvolle Prüfung unter Berücksichtigung der Bedeutung der konkreten Forderung unerlässlich ist. Standards wie die des IDW schreiben dabei das generelle berufliche Verständnis, das im Zeitpunkt des Erlasses bestanden hat, fest. Sie können dem

Wirtschaftsprüfer deshalb eine Leitlinie sein. Der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit gebietet aber, ganz zentralen Positionen der Rechnungslegung wie bei [REDACTED] dem Konto [REDACTED] auch bei der Durchführung von Saldenbestätigungsaktionen eine besondere Betrachtung zu schenken und gegebenenfalls dafür auch den Umfang der Prüfung zu erhöhen.

Für die Durchführung des Saldenbestätigungs-Verfahrens betreffend das Konto [REDACTED] bedeutete dies:

Es ist prinzipiell nicht zu beanstanden, dass der Berufsangehörige als Wirtschaftsprüfer Saldenbestätigungen nicht selbst bei dem jeweiligen Vertragspartner des Unternehmens erfordert hat, sondern dass er das geprüfte Unternehmen in diesem Vorgang eingebunden hat - hier durch Anweisung, ein mit ihm abgestimmtes Anforderungsschreiben zu formulieren, auszufertigen und abzusenden. Nicht entscheidend ist auch, ob der Berufsangehörige den allerletzten Akt dieser Anforderung, nämlich die Übergabe des Anforderungsschreibens an die Post, selbst oder durch eigene Mitarbeiter ausführen lässt oder ob er auch hierfür das geprüfte Unternehmen beauftragt. Entscheidend ist vielmehr, dass jedenfalls für solch zentrale Positionen wie das genannte Konto gesichert ist, dass die Bestätigungsaktion als eine gleichwohl materiell von ihm kontrollierte und nicht von dem geprüften Unternehmen steuerbare Aktion anzusehen ist.

Dieses von ihm mithin anzustrebende Ziel der Kontrolle der Saldenbestätigungsaktion hatte der Berufsangehörige nicht schon dadurch erreicht, dass das Anforderungsschreiben auf seine Veranlassung darauf gerichtet war, die Bestätigung ihm und nicht der [REDACTED] zurückzusenden. Denn der Berufsangehörige musste sich als ein erfahrener Wirtschaftsprüfer bewusst sein: Dem geprüften Unternehmen und dessen Verantwortlichen war der Zeitpunkt und die inhaltliche Gestaltung der Saldenbestätigungsaktion bekannt. Eine solche Kenntnis macht zwangsläufig einen manipulativen Eingriff in die Kommunikation zwischen den Perso-

nen, die beim Adressaten für die Abgabe der Saldenbestätigung autorisiert sind, und den Berufsangehörigen denkbar und möglich; ein Eingriff, der in verschiedener Weise realisiert werden kann: entweder in den Postlauf zwischen dem Berufsangehörigen und dem Adressaten, indem entweder Anforderungsschreiben oder Antworten abgefangen werden; oder mithilfe eines Mittelsmanns bei dem angefragten Unternehmen; oder - wie vorliegend dadurch, dass zusätzliche, den Tatsachen nicht entsprechende Angaben in die ansonsten ordnungsgemäß ablaufende Kommunikation zwischen dem angefragten Unternehmen und dem Berufsangehörigen eingesteuert werden. Führt ein Berufsangehöriger also eine Saldenbestätigungsaktion in der Weise durch, dass sie im geprüften Unternehmen, weil er dieses zur Mitwirkung einbindet, beobachtet wird, behält er die für zentrale Positionen der Rechnungslegung des Unternehmens unverzichtbare Kontrolle und Steuerung über diesen Prozess nur, wenn er sich vorbeugend gegenüber Manipulationen absichert. Dies kann er nur dadurch erreichen, dass er zusätzliche Prüfungshandlungen unternimmt, die außerhalb des Kreises des geprüften Unternehmens ansetzen. Konkret bedeutete dies im vorliegenden Fall: Hinsichtlich des Kontos [REDACTED] war der Berufsangehörige angesichts der zentralen Bedeutung dieses Kontos für die materielle Richtigkeit der Rechnungslegung der [REDACTED] 2003 gehalten, von der [REDACTED] und deren Mitarbeitern unabhängige eigene Feststellungen anzustellen, gerichtet darauf, ob das genannte Konto tatsächlich existent war und ob es im Kern seiner Darstellung in der Rechnungslegung entsprach.

Solche eigenen Feststellungen wären ohne Zweifel möglich und zumutbar gewesen. Sie hätten nicht zeitintensiv und detailliert sein müssen, ging es doch nur darum, die Erkenntnisse der Saldenbestätigungsaktion für dieses überragend wichtige Konto [REDACTED] noch einmal in ihrer Gesamtaussage dadurch zu plausibilisieren, dass sich der Berufsangehörige außerhalb des Kommunikationsprozesses, an dem [REDACTED] beteiligt war, stellte. Die Kammer kann dahinstehen lassen, ob ein persönlicher Besuch des Berufsangehörigen bei [REDACTED] oder ein persönliches Gespräch mit [REDACTED]-Führungspersonlichkeiten für eine entsprechende

Klärung geboten gewesen wäre. Auch intensive Telefongespräche oder Telefonkonferenzen mit dem Ziel, die Verantwortlichen für die Administration dieses Kontos auf Brokerseite zu ermitteln und mit diesen dann die vermeintlichen grundlegenden materiellen Aussagen der [REDACTED] Saldenbestätigungen zu diesem Konto zu diskutieren und zu verifizieren, wären jedenfalls ein Leichtes gewesen. Im Einzelnen kann dahinstehen, wie der Berufsangehörige eine solche Prüfung außerhalb der Saldenbestätigungsaktion, die [REDACTED] und hier besonders Herr [REDACTED] und Herr [REDACTED] beobachten konnten, im Einzelnen gestaltet werden konnten. Auch darüber, d. h. über die Gestaltung einer solchen Plausibilisierung kann ein Berufsangehöriger eigenverantwortlich entscheiden. Dass er eine solche direkte Kommunikation mit [REDACTED] speziell zu diesem Konto aber gänzlich unterlassen hat, war unvertretbar.

Eine solche außerhalb von [REDACTED] ansetzende Nachfrage war auch deshalb nicht verzichtbar, weil der Berufsangehörige sich zur Überprüfung der Richtigkeit der tatsächlichen Angaben zum Konto [REDACTED] außerhalb der Saldenbestätigungsaktion auf Prüfungsschritte beschränkt hatte, die den Kreis von [REDACTED] und dessen Mitarbeitern nicht verließen. Eine „Wurzelprüfung“ einzelner Transaktionen, bei der er diese beim Broker und bei der Börse eigenständig nachverfolgt hätte, hat der Berufsangehörige nicht durchgeführt.

Die Bewertung, dass es zu einer eine Berufspflichtverletzung ausschließenden direkten Kommunikation zwischen dem Berufsangehörigen und [REDACTED] nicht gekommen ist, steht auch nicht entscheidend entgegen, dass der Berufsangehörige während seiner Prüfung mit einigen [REDACTED] Verantwortlichen Kontakt hatte - ein Kontakt, der wie festgestellt anlässlich der Beerdigung von Herrn [REDACTED] aufgenommen und sich in Telefonanrufen, mit denen der Berufsangehörige die erbetenen Saldenbestätigungen angemahnt hatte, fortsetzte. Diese Gespräche konnten den Berufsangehörigen zwar hinsichtlich einer Tatsache absichern - nämlich der, dass es überhaupt eine Geschäftsbeziehung zwischen [REDACTED] und [REDACTED] gab.

Sie brachte aber, weil der Berufsangehörige insoweit nicht nachfragte, keine Erkenntnisse zu dem Konto [REDACTED]

Der Pflichtverstoß des Berufsangehörigen entfällt auch nicht dadurch, dass er Prüfungshandlungen vorgenommen hat, die einer Kommunikation mit [REDACTED] zu diesem Konto gleichgekommen wären. [REDACTED] hat zwar bekundet, dass der Berufsangehörige ihn aufgefordert hatte, einzelne besonders wichtige, in der Saldenbestätigung ausgewiesene Buchungen durch Kontoauszüge zu belegen und auch, dass er ihn aufgefordert hatte, zur Bestätigung die Kurse, die an den jeweiligen angeblichen Handelstagen hinsichtlich der gekauften bzw. verkauften Optionen festgestellt worden waren, nachzuweisen. Das entlastete den Berufsangehörigen aber nicht, weil auch diese Nachfrage bei [REDACTED] ansetzte und damit eine solche war, mit der sich der Berufsangehörige eben gerade nicht außerhalb der Einflussmöglichkeiten von [REDACTED] stellte. Sie blieb deshalb auch wirkungslos.

Keine ausreichende Alternative zu einer Nachfrage bei [REDACTED] war schließlich, dass der Berufsangehörige, wie [REDACTED] als Zeugin angegeben hatte, bei der Chicagoer Börse nachgefragt hatte, ob dort [REDACTED] bzw. [REDACTED] als Akteur bekannt waren. Diese Nachfrage war zu unscharf, und, weil nicht auf das Konto [REDACTED] projiziert, zu unspezifisch, um den Berufsangehörigen gegen das abzusichern, was er mit seiner von [REDACTED] und deren Verantwortlichen infolge von deren Einbindung beobachteten Saldenbestätigungsaktionen nicht erreichen konnte: nämlich einen wirksamen Schutz davor, dass seine Saldenbestätigungsaktion hinsichtlich dieses zentralen Kontos durch Manipulationen aus dem Unternehmen heraus entwertet worden war.

2. Offensichtlichkeit des Fehlgriffs

Die dem Berufsangehörigen gemäß den Ausführungen zu oben 1) vorzuhaltende fehlerhafte Berufsausübung stellt sich auch als ein fachlich offensichtlich unvertretbares Handeln dar. Für den Berufsangehörigen musste sich aufdrängen, dass die Saldenbestätigung hinsichtlich des Kontos [REDACTED], so wie er sie veranlasst und durchgeführt hatte, für sich allein unzureichend war, weil sie bei genauerer Betrachtung eben nicht unter seiner ausschließlichen Kontrolle stand. Diese Offensichtlichkeit des fachlich fehlerhaften Handelns ergab sich aus folgenden Gründen:

Auch dafür, welche Prüfungsintensität sich für einen Wirtschaftsprüfer aufdrängt, muss auf die konkrete Prüfungssituation abgestellt werden. Diese war hier dadurch gekennzeichnet, dass [REDACTED] ein Unternehmen war, das sehr große Umsätze knapp unterhalb der Milliarden-Euro-Grenze machte; das ein sehr großes, zum damaligen Zeitpunkt weit im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich liegendes Treuhandvermögen, verwaltete; das aber von der inneren und organisatorischen Struktur her ihm gegenüber wie ein kleines, bestenfalls mittleres Unternehmen auftrat: Denn das wirtschaftliche Eigentum am Unternehmen und die Unternehmensleitung waren nicht nur in dem hier in Rede stehenden Jahr der Rechnungslegung 2003, sondern auch schon davor seit der Übernahme des Prüfungsmandats durch den Berufsangehörigen, auf eine einzige Person konzentriert, nämlich bis zu dessen Tod auf Herrn [REDACTED]. Dieser steuerte praktisch alle Prozesse des Unternehmens in einer Hand. Dass [REDACTED] von seiner organisatorischen Struktur her als ein kleines bzw. mittleres Unternehmen angesehen werden musste, drängte sich für den Berufsangehörigen auch auf, weil das Rechnungswesen für ein Unternehmen dieses Umsatzes sehr einfach strukturiert, ja unprofessionell war, wenn es nicht einmal in der Lage war, taggenau einzelne Trades oder Entwicklungen einzelner Anlagen zu erfassen oder komplexe unternehmerische Auswertun-

gen zu erstellen. Auch die Zahl von nur ca. 15 Mitarbeitern, die am Sitz der [REDACTED] dauerhaft beschäftigt waren, von denen nur ca. die Hälfte über eine kompetente wirtschaftlich-kaufmännische Ausbildung verfügten, jedenfalls aber keine für Leitungs- und Kontrollaufgaben qualifizierte Kräfte vorhanden waren, sprach für diese Betrachtung. Diese klein dimensionierte organisatorische Struktur kontrastierte mit dem sehr großen Treuhandvermögen und dem großen Umsatz des Unternehmens. Dieser Befund musste für einen erfahrenen Wirtschaftsprüfer aufdrängen, dass in erheblich stärkerem Maße als in Unternehmen, bei denen Größe der Umsätze und der organisatorischen Struktur sich entsprechen, Manipulationen im Rechnungswesen und in der Folge im Jahresabschluss möglich sind: jedenfalls wenn sie von zentraler Stelle im Unternehmen veranlasst sind. In einem großen Unternehmen mit einer typischerweise stark differenzierten Struktur auf der Ebene der Anteilseigner und mit einer Mehrzahl von Personen und Bereichen, die interagierend die zentralen Unternehmensprozesse leiten, sind Manipulationen von einer zentralen Stelle wegen der Vielfältigkeit der Informationsprozesse erheblich erschwert. [REDACTED] aber trat trotz seines gewaltigen Umsatzes und Treuhandvermögens dem Angeschuldigten, was die Entscheidungsstrukturen und die Steuerungsmöglichkeiten betraf, im Grunde als ein Ein-Mann-Betrieb des Herrn [REDACTED] gegenüber. Für einen erfahrenen Wirtschaftsprüfer musste sich bei diesem Befund aufdrängen, dass er seine Prüfung auch auf die Möglichkeit, von dieser zentralen Stelle aus könne zu Lasten der Anleger manipuliert werden, ausrichten musste.

Diese Notwendigkeit, die Möglichkeit von Manipulationen, die von Herrn [REDACTED] ausgehen könnten, bei seiner Prüfungsanlage zu berücksichtigen, war für ihn bei der Jahresabschlussprüfung 2003 besonders augenfällig. Denn bei dieser wurde ihm geradezu vor Augen geführt, dass ein dem Treuhandvermögen entsprechendes wirksames internes Kontrollsystem des Unternehmens nicht vorhanden war. Dieses Fehlen eines solchen Kontrollsystems, insbesondere einer hauptamtlichen und organisatorisch verselbständigten Innenrevision, und das Unterbleiben angekündigter Prüfungen des Gesellschafts- und Treuhandvermögens,

hatte das Gutachten von [REDACTED] anlässlich der von der BaFin beauftragten Untersuchung klar festgestellt, wie ebenso die Tatsache, dass bei dem zentralen Konto [REDACTED] die Funktionen zwischen demjenigen, der handelte ([REDACTED]), die Provisionen für den Vertrieb festsetzte ([REDACTED]) und die Ergebnisse, die in diesem Konto erwirtschaftet werden festsetzte ([REDACTED]), nicht getrennt waren. Darüber hinaus war die Sonderuntersuchung auch geeignet, die insgesamt fehlende Professionalität der [REDACTED]-Buchhaltung noch einmal bewusst zu machen, insbesondere im Zusammenhang mit den Feststellungen zur Inkongruenz von Treuhandvermögen und Verbindlichkeiten.

Die Kammer kann nachvollziehen, dass der Berufsangehörige aufgrund der langjährigen Erfahrung und Zusammenarbeit, die er mit Herrn [REDACTED] hatte, gegenüber diesem ein persönliches Vertrauen entwickelt hatte und er sich groß angelegte Betrugshandlungen, wie sie Herr [REDACTED] tatsächlich veranlasst hatte, schlechterdings nicht vorstellen konnte. Als einem professionell auftretenden Wirtschaftsprüfer ist ihm jedoch vorzuhalten, dass er ungeachtet dieses menschlichen Vertrauens nüchtern der Tatsache hätte ins Auge blicken müssen, dass eine starke Unternehmerpersönlichkeit wie [REDACTED] nicht nur die Chance hatte, das Unternehmen straff und effizient zu führen, sondern bei einem Unternehmen mit schwachen und teilweise wenig professionellen Strukturen auch Manipulationen vornehmen konnte.

Es kam hinzu, dass der Berufsangehörige bei der Abschlussprüfung im Jahre 2003 aufgrund seiner Prüfertätigkeit in den Vorjahren Beobachtungen machen konnte, die im Zusammenhang mit dem oben genannten Gesichtspunkten, für ein noch weiter gesteigertes Risiko einer Manipulation auf hoher Unternehmensebene sprachen. Hier sind insbesondere drei Gesichtspunkte zu nennen:

Erstens brachte [REDACTED] seinen Anlegern auf dem Papier seit Anbeginn der Prüfungstätigkeit des Berufsangehörigen unbeirrt von allen Marktentwicklungen ausschließlich klare positive, deutlich über dem Schnitt einer konservativen Geldanlage liegenden Gewinn. Das gerade in einem labilen Marktsegment wie dem An- und Verkauf von Optionen nahe liegende Risiko, dass der Erfolg schwankt und Gewinne und Verluste sich auch einmal abwechseln, realisierte sich auf dem Papier seit 1999 in fast wundersamer Weise in keinem einzigen Jahr.

Zweitens gab es keine erkennbare Unternehmensstrategie, die diesen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg erklärbar machte, so z. B. ein Investment auf einem bestimmten, über mehrere Jahre boomenden Markt; ein „geniales“, von Konkurrenzunternehmen nicht ohne weiteres zu kopierendes erkennbares Konzept o. Ä.

Drittens wurde der gesamte relevante Gewinn faktisch in einem einzigen Konto generiert, das wiederum von einem einzigen [REDACTED] Händler ([REDACTED]) administriert wurde. Auf allen anderen [REDACTED]-Konten, für die [REDACTED] ebenfalls - wenn auch nicht allein - Händler war, stellte sich nicht einmal ansatzweise eine ähnlich günstige Situation ein.

Bei einer Zusammenschau schon dieser drei Gesichtspunkte mit den davor erwähnten hätte dem Berufsangehörigen ins Auge springen müssen, dass ein gesundes Misstrauen gegenüber [REDACTED] in Bezug auf dieses Konto und damit ein deutlich erhöhter Nachforschungsbedarf geboten war.

Darauf, ob noch weitere Indizien diese Einschätzung hätten verstärken müssen, z. B. dass Trades in der von [REDACTED] angeblich getätigten Größenordnung entgegen dem, was gewöhnlicher Weise zu erwarten gewesen wäre, zu Intraday- und nicht tatsächlich ausschließlich zu Settlement-Preisen abgewickelt worden sind, kam es nicht an. Ohnehin ist anzumerken, dass auch [REDACTED] bei der wenn auch anders angelegten Prüfung nach § 44

KWG die letzt genannten Auffälligkeiten ebenfalls nicht gesehen und aufgegriffen hatte.

V. Rechtsfolgen

Hat der Berufsangehörige damit schuldhaft gegen seine Berufspflichten verstoßen, war eine Geldbuße wie erkannt von 12.000,00 Euro angemessen und zur Verwirklichung der Regelungsziele eines berufsgerichtlichen Verfahrens auch erforderlich.

Hierbei hat die Kammer berücksichtigt:

Das Gewicht der Berufsverletzung des Berufsangehörigen wird zunächst dadurch beträchtlich reduziert, dass er nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig gehandelt hat. Dafür, dass sein Verhalten bei der Abschlussprüfung 2003 im milderen Licht gesehen werden kann, spricht auch, dass er seinen Prüfungsauftrag prinzipiell nicht auf die leichte Schulter genommen hatte und in ihn viel Arbeit investiert hat und auch in Detailpunkten den Mitarbeitern von [REDACTED] insbesondere [REDACTED], durchaus mit kritischen Nachfragen entgegen getreten ist. Letzteres haben nicht nur die Zeugen [REDACTED] und Frau [REDACTED] übereinstimmend bekundet. Auch [REDACTED] hat berichten können, dass er und [REDACTED] die Prüfung durch den Berufsangehörigen durchaus ernst genommen und immer Sorge gehabt hatten, er könne ihren Manipulationen auf die Schliche kommen.

Bei aller Anerkennung, die der Berufsangehörige nach den Bekundungen seiner Tochter für die Unternehmerpersönlichkeit des Herrn [REDACTED] bei der Abschlussprüfung 2003 hatte, war es ihm doch wichtig, eine „echte“ und nicht etwa eine großzügige oder gar eine Gefälligkeitsprüfung durchzuführen.

Zu berücksichtigen ist zu Gunsten des Berufsangehörigen auch, dass er selbst Opfer einer groß angelegten und geschickt eingefädelten und mit einem hohen Arbeitseinsatz und hoher krimineller Energie eingefädelten Täuschung geworden ist. So hat [REDACTED] berichtet, dass er - [REDACTED] - praktisch jeden Werktag und in der Regel zehn Stunden im Büro der [REDACTED] gearbeitet hat und den weit überwiegenden Teil seiner Arbeit darauf verwendet hatte, Trades mithilfe von Internet-Recherchen zu konstruieren, Kontoauszüge für jede einzelne Scheinbuchung zu produzieren und ähnliches mehr. Insgesamt haben [REDACTED] und [REDACTED] über viele Jahre den Berufsangehörigen ein gewaltiges Konvolut von Scheingeschäften bzw. dazugehörigen falschen Dokumenten präsentiert. Es ist lebensnah, dass es auch für einen erfahrenen Wirtschaftsprüfer wie dem Berufsangehörigen zunächst im wahrsten Sinne des Wortes „unvorstellbar“ ist, dass es sich bei einem solchen Volumen durchweg um Fälschungen handeln könnte. Dies gilt für die Rechtsfolgenzumessung wegen der Beschränkungen der Anschuldigung auf die allein maßgebliche Abschlussprüfung 2003 besonders, weil der Berufsangehörige auf Grund der vorausgegangenen, scheinbar reibungslosen Abwicklung der Prüfungen bis 2002 verständlicherweise Vertrauen in die Rechnungslegung der [REDACTED] gewonnen hatte.

Für eine spürbare Geldbuße war vor allem die große wirtschaftliche Bedeutung der Berufspflichtverletzung des Berufsangehörigen zu berücksichtigen. Von den Manipulationen von [REDACTED] war eine fünfstellige Zahl von Anlegern betroffen. Auch der Schaden, den die Anleger durch [REDACTED] erlitten haben und zwar auch noch zu einem Zeitpunkt, als der Berufsangehörige seine Prüfung des Jahresabschlusses 2003 bereits abgeschlossen hatte, ist sehr groß. Die Kammer geht zwar angesichts des strafprozessualen Grundsatzes, dass bei Zweifelsfragen die für den Angeschuldigten günstigste Möglichkeit zugrunde zu legen ist, nicht als sicher davon aus, dass bei einer ordnungsgemäßen Prüfungstätigkeit die Manipulationen von [REDACTED] aufgedeckt worden wären. Es ist nicht auszuschließen, dass es entweder [REDACTED] oder [REDACTED] gelungen wäre, mit weiteren Manipulationen, möglicherweise unter Einbe-

ziehung, gegebenenfalls Bestechung von [REDACTED] Mitarbeitern oder in anderer Weise, die von ihnen getätigten Betrugshandlungen noch länger zu kaschieren, so dass sie nicht früher als tatsächlich geschehen, im März 2005 aufgedeckt worden wären. Die Chance aber, dass es zu einer früheren Aufklärung gekommen wäre, mit der Folge, dass von diesem Zeitpunkt an neue Anleger bei [REDACTED] nicht mehr investiert hätten und ein Schaden jedenfalls dieser Anleger vermieden worden wäre, hat sich aber durch die wie dargestellt unzulängliche Berufsausübung des Berufsangehörigen verringert, und zwar in einem beträchtlichen Maße.

Zu Lasten des Berufsangehörigen ist schließlich auch zu berücksichtigen, dass die Pflichtverletzung im Kernbereich der Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers liegt.

Wenn trotz dieses Gewichts der Pflichtverletzung die Kammer eine Geldbuße von nur 12.000,00 Euro innerhalb des Rahmens der möglichen Maßnahmen, die § 67 WPO im Jahr 2004 zuließ, für ausreichend erachtet, um auf den Berufsangehörigen im Sinne eines künftigen beanstandungsfreien berufsrechtlichen Handelns hinzuwirken, so neben den oben bereits angeführten mildernden Gesichtspunkte noch aus folgenden drei Gründen:

Erstens ist der langjährig tätige Berufsangehörige strafrechtlich und berufsrechtlich unvorbelastet.

Zweitens ist der Berufsangehörige durch die Verfahren, die sich an seine [REDACTED] Abschlussprüfungstätigkeit angeschlossen haben, insbesondere die sehr große Zahl von Zivilrechtsverfahren, aber auch durch den Strafprozess gegen Frau [REDACTED] und [REDACTED], in dem er umfangreich als Zeuge vernommen worden ist und in dessen abschließendem Urteil seine Prüfungstätigkeit scharfe Kritik erfahren hat, stark belastet, und zwar sowohl finanziell als auch, wie seine Tochter berichtet hat, psychisch - letztes nicht zuletzt, weil ihm die Rufschädigung, die mit dem [REDACTED]-Komplex und insbesondere auch dem Strafurteil gegen

Frau [REDACTED] und [REDACTED] verbunden war, persönlich getroffen hat. Dies gilt insbesondere für die Feststellungen im genannten Strafurteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 11. Juli 2006, soweit dieses ausgeführt hat, der Berufsangehörige habe die Jahresabschlussprüfungen bar jedes kritischen Prüfungsansatzes und von dem Willen getragen durchgeführt, die Bilanz und den Jahresabschluss um jeden Preis glatt zu ziehen. Es ist nachvollziehbar, dass Feststellungen wie diese, die nicht dem entsprechen, was die Kammer im vorliegenden Verfahren festgestellt hat, den Berufsangehörigen bei allen berechtigten Vorhaltungen, die er sich machen lassen muss, stark getroffen haben. Denn er hat in seine Prüfung durchaus viel Zeit und Arbeit investiert, und in den zahlenmäßig weitaus meisten Punkten hatte sie durchaus auch einen kritischen Ansatz. Keinesfalls war sie, wie auch [REDACTED] bestätigt hat, als eine von [REDACTED] von vornherein nicht ernst zu nehmende Prüfung anzusehen.

Drittens ist bei der Bemessung der Geldbuße die Länge des berufsgerichtlichen Verfahrens zu berücksichtigen, das seit Beginn der Ermittlungen der Wirtschaftsprüferkammer jetzt sechs Jahre andauerte, wenn auch diese Dauer durch die Größe des [REDACTED]-Komplexes und die Notwendigkeit, den Abschluss des Verfahrens gegen [REDACTED] und Frau [REDACTED] abzuwarten, um dessen Ergebnisse auswerten zu können, weitgehend unvermeidbar war. Schließlich war zur Einwirkung auf den Berufsangehörigen eine noch höhere Geldbuße auch deshalb nicht geboten, weil der Berufsangehörige durch das Verfahren gegen [REDACTED] bereits erhebliche wirtschaftliche Nachteile erfahren hat. Der Berufsangehörige führt hierauf und auf die begleitende ihm gegenüber sehr kritische Presseberichterstattung nachvollziehbar einen erheblichen Rückgang seiner Mandate zurück. Auch seine Entscheidung, keine Mandate für Prüfungen von Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche mehr anzunehmen und sich weitgehend auf das Beratungsgeschäft zu konzentrieren, ist letztlich eine Konsequenz, die er aus den Auswirkungen der Abschlussprüfung von [REDACTED] 2003 geschlossen hat.

VI. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf § 124 Abs. 1 Satz WPO. Es gibt keine Ermessensgesichtspunkte, die dafür sprechen könnten, dem Berufsangehörigen, der voll umfänglich wegen des Vorwurfs der Anschuldigungsschrift verurteilt worden ist, von einem Teil der Kosten zu Lasten der Wirtschaftsprüferkammer zu entlasten.



Ausgefertigt
[Handwritten Signature]
Justizbeschäftigte

